

Referat der Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Saarland am 11.11.2017

Referent: Thomas Hagenhofer, Bezirksvorsitzender (unkorrigiertes Manuskript)

Liebe Genossinnen und Genossen,

der globale Klimawandel durch das Freisetzen von Emissionen beschleunigt sich, Experten befürchten, dass es bereits zu spät ist, um gravierende Veränderungen noch zu stoppen. Neue Haltelinien werden formuliert. Die Erde hat sich seit 1998 doppelt so schnell erhitzt als die Wissenschaftler gedacht hatten. Die Hilfsorganisation Oxfam hat errechnet, dass zwischen 2008 und 2016 jährlich im Schnitt rund 14 Millionen Menschen aus ärmeren Ländern Schutz vor Unwettern, Stürmen und Überschwemmungen suchen mussten. Die Forderung nach einer Begrenzung der Flüchtlinge in Deutschland sei auch deswegen zynisch, weil Deutschland mit seinen Kohlekraftwerken den Klimawandel weiter anheizt und dadurch die Lebensgrundlagen der Menschen in armen Ländern zerstört. - Wir können nicht mehr warten!

815 Millionen Menschen auf der Welt haben nicht genug zu essen. Die Zahl der Hungernden ist seit 1990 um 216 Millionen zurückgegangen, doch 2017 erstmals wieder angestiegen. Wir können nicht mehr warten.

Insgesamt sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration in diesem Jahr annähernd 5000 Menschen bei der Migration in andere Länder umgekommen. Sie seien ertrunken, verhungert, verdurstet oder gewaltsam gestorben. Davon sind knapp 3.000 im Mittelmeer ums Leben gekommen.

Die Menschheit kann nicht mehr warten auf eine humane gerechte Gesellschaft. Das sehen nicht nur wir Kommunistinnen und Kommunisten so. 100 Jahre nach der Oktoberrevolution und gut 25 Jahre nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Europa steht der Kapitalismus nackt da. Er ist nicht das Ende der Geschichte, er steht – wie Marx es sagte – dem eigentlichen Beginn der Menschheitsgeschichte im Weg. Ob von Umweltaktivisten wie Naomi Klein, Jean Ziegler oder Menschenrechtsorganisationen wie Medico international – immer lauter wird der Ruf nach einem Ende der kapitalistischen Krisengesellschaft. Die Erkenntnis wächst, dass in einer Welt, die von global operierenden Konzernen nach ihren Profitinteressen gestaltet wird, kein Menschenrecht durchsetzbar ist – weder das auf Leben, noch auf Bildung noch auf eine gesunde Umwelt. Von Arbeit und Wohnen ganz zu schweigen. Viele Wissenschaftler/innen benutzen den Begriff Zeitenwende für die aktuellen Entwicklungen, ähnlich wie Anfang des 16. Jahrhunderts, Ende des 18. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Manche betonen den rückwärtsgewandten Charakter der Kräfteverschiebung und bezeichnen sie als autoritäre Wende. Gerade aus den Erfahrungen der Oktoberrevolution können wir lernen, wie wichtig es ist, die gesellschaftlichen Entwicklungen korrekt zu analysieren, Kräfteverhältnisse richtig einzuschätzen und kommunistische Politik flexibel auf die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Das bedeutet Leninismus, nicht das Runterbeten von Stehsetzen oder vermeintlich unverrückbaren Wahrheiten.

Pünktlich zum Jahrestag der Oktoberrevolution kam nun die Enthüllung der sog. „Paradise Papers“. Jakob Augstein hat seinen Kommentar dazu passend überschrieben mit dem Titel: „Zur Hölle mit den Reichen“ und gleich darunter: „Wer reich ist und nicht teilen will, der muss gar keine Gesetze brechen. Die Gesetze sind ja für ihn gemacht.“ Seinem Fazit kann man sich nur anschließen: „Das System ist zutiefst krank. Es ist unmoralisch und unanständig. Die Wut darauf wächst. Sie sucht sich nur die falschen Ziele. Der Hass der Betrogenen gilt eher dem Kriegs- als dem Steuerflüchtling. Unser Planet ist ein Paradies für Arschlöcher.“

Wir können nicht mehr warten. Deshalb müssen Kommunistinnen und Kommunisten jetzt, heute für einen radikalen Politikwechsel kämpfen und Veränderungen nicht auf den Tag der Revolution vertagen. Wer glaubt, jetzt nicht für radikale Reformen noch im Kapitalismus wirken zu müssen, wird irgendwann feststellen, dass nicht mehr viel Zivilisation und Umwelt für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft übrig bleiben wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

umso mehr schmerzt uns der Zustand der gesellschaftlichen Linken und insbesondere unserer Partei. In einer Zeit, in der wir so existenziell herausgefordert sind, eskaliert der Parteivorstand die innerparteiliche Auseinandersetzung. Die Folgen werden nun immer deutlicher: Hunderte Austritte, Abbestellungen der uz, Rückzug aus der aktiven Tätigkeit. Vorletzte Woche hat eine Mehrheit des Kreisvorstands München seinen Austritt aus der DKP bekannt gegeben, dutzende werden wohl leider folgen. Verdiente Genossinnen und Genossen lassen sich durch den Kurs des Parteivorstandes aus der Partei drängen, geben den Kampf um eine zukunftsfähige kommunistische Partei auf. Das tut weh und macht zugleich wütend. Wie viel wird uns der sektiererische und spalterische Kurs der Parteiführung noch kosten? Viele fragen sich, ob die DKP überhaupt noch zu retten ist angesichts dieser Engstirnigkeit. Die Antwort, liebe Genossinnen und Genossen, werden die Mitglieder der DKP selbst geben müssen. Wir geben sie für unseren Verantwortungsbereich heute. Ja, es ist möglich, in der DKP Politik zu machen auf dem Boden des gültigen Parteiprogramms. Darum ringen wir im Bezirk auf jeder Konferenz und bei allen unseren Aktivitäten. Wir werden daher nicht resignieren und aufgeben. Wir sind von unserer politischen Linie überzeugt, die sich aus den jahrzehntelangen Erfahrungen unserer Partei speist – fernab von Sektierertum und Reformismus. Wir bleiben dabei: Wer als Kommunistin und Kommunist in diesem Land nicht nur Haltung zeigen, sondern etwas verändern will, muss sich organisieren in einer entsprechenden Organisation. Es gibt derzeit trotz aller Deformationen keine Alternative zur DKP.

Liebe Genossinnen und Genossen,

kriegerische Konflikte sind die mörderische Begleitmusik der sich weiter zuspitzenden Krisen. Weltweit hat es 2016 226 gewaltsam ausgetragene Konflikte gegeben. Wie aus dem „Konfliktbarometer 2016“ des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) hervorgeht, werden 18 Auseinandersetzungen als Kriege der höchsten Eskalationsstufe eingeschätzt - einer weniger als 2015. Hinzu kommen 20 begrenzte Kriege. Wie sollte es anders sein in einer Gesellschaft, in der Milliarden am Geschäft mit Kriegen verdient werden. Noch sind die zehn größten davon in den USA und Westeuropa beheimatet. Dort werden 80 Prozent der weltweiten Geschäfte mit dem Tod getätigt. An elfte Stelle hat sich aber bereits der größte russische Rüstungskonzern Almas-Anteil nach vorne gearbeitet.

Mit dem erneuten Versuch der NATO, unliebsame Konkurrenten im Weltmaßstab totzurüsten und so einen Regime change zu erzwingen, wächst auch die Gefahr eines großen Krieges. Diesmal steht aber kein sozialistisches Staatensystem gegenüber sondern z. B. ein ebenfalls der kapitalistischen Produktionsweise unterworfenen Russland – mit allen bekannten Begleiterscheinungen wie Ausbeutung, Großmachtspolitik, Unterdrückung der Opposition im Land, gepaart mit autokratischen Strukturen. Wie Teile der Linken, gerade auch in unserer Partei, dort eine Friedensmacht erkennen können, erschließt sich keiner an marxistischen Kriterien ausgerichteten Gesellschaftsanalyse. Auch die Annahme, der Westen wolle unbedingt einen Krieg gegen Russland beginnen, erscheint bei näherer Betrachtung abwegig. Es geht den NATO-Staaten um eine Veränderung der russischen Politik, um Zugriff auf die russischen Rohstoffe und Öffnung der Märkte. Ein direkter militärischer Konflikt würde die westlichen imperialistischen Staaten diesen Zielen nicht näher bringen.

Umso wichtiger ist es daher, dass in dieser Woche eine breit getragene neue Initiative gegen Aufrüstung gestartet wurde. Im Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“, der von den Vorsitzenden von DGB, verdi, GEW, Naturfreunde, DFG-VK, Konstantin Wecker und vielen anderen getragen wird, heißt es:

„Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.“

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“

Lasst uns diese Initiative nach Kräften unterstützen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Stabilität der politischen Systeme in Europa sinkt weiter, neue Formen der Regierungsbildung werden sichtbar, der Rechtstrend geht weiter.

In Spanien wackelt ein ganzes Staategebilde, die Zentralregierung greift durch und eskaliert den Konflikt weiter. Regionalisierungsbewegungen in anderen Ländern erhalten auftrieb. In Österreich haben die stramm rechts ausgerichteten Parteien ÖVP und FPÖ eine absolute Mehrheit und werden voraussichtlich eine Regierung bilden, dies könnte zu einem Modellprojekt auch für andere EU-Länder werden. Das Abschneiden von KPÖ plus ist enttäuschend – trotz vieler positiver Elemente der Zusammenarbeit linker Kräfte. Es macht erneut deutlich, dass die Beteiligung an Wahlen nicht der entscheidende Hebel sein kann für einen Politikwechsel. In Tschechien gewinnt ein stramm rechter Milliardär die Präsidentschaftswahlen – Trump lässt grüßen.

In Deutschland hat es die Union bei den Bundestagswahlen trotz Komplettschwenk in der Flüchtlingspolitik nicht geschafft, das AfD-Ergebnis einstellig zu halten. Die Bildung einer Jamaika-Regierung im Bund wäre auch ein Ausdruck für die wachsende Labilität der Verhältnisse in Deutschland, vielleicht schon ein Fingerzeig für Veränderungen der politischen Landschaft in der Nach-Merkel-Zeit. Dass andere Entwicklungsrichtungen möglich sind, sieht man an den Veränderungen in GB. Ausgelöst durch den Richtungswechsel der Labourparty gibt es dort eine Stimmung für einen Politikwechsel – gerade bei jungen Leuten.

Was sind die tieferen Ursachen für alle diese Entwicklungen? Im Kern ist es die durch Jahrzehnte andauernde neoliberale Politik und durch Krisen verschärfte Spaltung der Gesellschaft. Die Erfahrung von Millionen Menschen abgehängt zu sein von der prosperierenden Entwicklung führt zu Abstiegsängsten insbesondere in der Mitte der Gesellschaft, also auch in großen Teilen der Arbeiterklasse. Es gibt eine uralte Erfahrung in solchen Situationen: Wenn in Krisenzeiten keine fortschrittliche Alternative erreichbar erscheint, die die Zivilgesellschaft deutlich prägen kann, dann wandert der Protest nach rechts, kann nach rechts gewendet werden. Diese Entwicklung muss uns alarmieren und nicht resignieren lassen. Die Frage, wie linke Politik in unserem Land und in Europa wieder attraktiv, wieder anziehend werden kann, muss uns umtreiben. Auch wir als kleine Kraft haben hier Verantwortung. Aber uns sollte klar sein, dass wir dieses Ziel nicht alleine erreichen können. In nahezu allen linken Organisationen ist angesichts der Rechtsentwicklung die Diskussion darüber entfacht, wie wir aus diesem Schlamassel rauskommen. Diese Frage kann keine Kraft alleine beantworten, sie kann nur in einem gemeinsamen Diskussions- und Arbeitsprozess gelöst werden. Deshalb wollen wir mit dieser Konferenz unsere landespolitische Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ erweitern um eine zusätzliche bündnispolitische Komponente.

Liebe Genossinnen und Genossen,

angesichts der skizzierten Probleme, vor denen fortschrittliche Kräfte dieses Landes stehen, kann uns auch das momentane Erscheinungsbild der Partei DIE LINKE bundesweit und speziell im Saarland nicht kalt lassen. Wir haben auf allen Konferenzen die Bedeutung dieser Partei für die politische Entwicklung betont und ihr Wirken als positiv eingeschätzt. Wir bemühen uns um ein solidarisches Verhältnis. Den Vorgängen in unserer Bundespartei nicht unähnlich, scheint sich nun der saarländische Landesverband zu zerlegen. Politische Differenzen werden seit Jahren nicht ausgetragen und geklärt sondern münden in Grabenkämpfen und persönlichen Schlammschlachten. Wir appellieren bei aller gebotenen Zurückhaltung

von dieser Konferenz aus an die Genossinnen und Genossen, diesen für alle Linken schädlichen Zustand zu beenden und verantwortungsvoll mit ihrer Rolle in diesem Land umzugehen.

Der bundesweite Streit in den LINKEN nicht nur um die Positionen zur Flüchtlingspolitik ist durch den aktuellen Kompromiss wohl kaum beigelegt. Lafontaine und Wagenknecht wollen wohl potentielle WählerInnen nicht durch eine allzu solidarische Flüchtlingspolitik mit der Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle abschrecken. Kann eine linke sozialistische Partei tatsächlich Politik machen nach dem Motto „Deutsche Arme zuerst“, ohne sich zu verbiegen und ihre Grundsätze über Bord zu schmeißen? Wird da nicht wieder die statische Sichtweise von Verteilungspolitikern wie Lafontaine deutlich, die sich links geben, aber dann doch Realpolitik machen, weil fortschrittliche Lösungen für alle nicht durchsetzbar erscheinen? Wir sind weit davon entfernt, Teilen der Linken Rassismus vorzuwerfen. Aber diese Debatte schadet nicht nur dem Ansehen der Partei DIE LINKE, sie verstärkt auch Resignation und Rückzug in der gesamten Linken. Mindestens genauso bedenklich sind Bestrebungen, die Partei programmatisch kompatibel zur neoliberalen SPD auszurichten. Damit wäre sie als politische Kraft überflüssig.

Gegen Kriegspolitik, Rechtsentwicklung und neoliberale Ausbeutung formieren sich Gegenkräfte immer wieder aufs Neue und in vielfältiger Weise; sie finden ihren Ausdruck in Einzelprotesten, Initiativen, Volksbegehren, Massenprotesten auf Straßen und Plätze, Blockaden, gewerkschaftlichen Kundgebungen, Streiks von Belegschaften und linke Initiativen in Parlamenten und Kommunalvertretungen.

Beim G20-Gipfel in Hamburg in diesem Jahr demonstrierten zehntausende gegen weltweite Ungerechtigkeit, die ökologische Katastrophe, gegen verheerende Kriege und immer modernere Vernichtungswaffen. Der globale Kapitalismus stand auf der Anklagebank und die Debatte über gesellschaftliche Alternativen hat Fahrt aufgenommen. Genau das war den Herrschenden ein Dorn im Auge. Deshalb sollte mit Provokation und Inszenierungen unter Mithilfe von Medien verhindert werden, dass sich das Nachdenken über diese Themen und die Bereitschaft zu Widerstand im Bewusstsein von mehr Menschen festsetzen.

Es gibt Widerstand – auch im Saarland. Es gibt viele Forderungen für einen Politikwechsel und eine Wende. Auf vielen Feldern in der Gesellschaftspolitik. Im Saarland sind Krankenhausbeschäftigte, Stahlarbeiter, die Bosch-Belegschaft, Kommunal- und Landesbedienstete, Studierende und andere zu Akteuren für ihre Interessen geworden. Die Journalisten des Saarländischen Rundfunks nehmen ihre soziale Lage nicht mehr hin und streikten.

Seit zwei Jahren ist die Auseinandersetzung um die Pflege und die Situation in den Krankenhäusern die größte sozialpolitische Bewegung im Saarland. Gegen den zum Himmel schreienden Pflegenotstand fordern ver.di und Beschäftigte die Durchsetzung des bestehenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Entlastung für das Personal, Mittel für Investitionen und vom Bundestag die gesetzliche Personalbemessung. Ver.di will die Krankenhausträger zu einem Tarifvertrag „Entlastung“ zwingen. Mit einer klugen Strategie ist es ver.di gelungen, die Belegschaften ganz unterschiedlicher Kliniken zu mobilisieren. Mit dem System der Tarifberater wurden neue Organisationsformen erprobt und die gewerkschaftliche Kraft gestärkt. Die ersten Warnstreiks in Kliniken und die große Demo von 4500 setzten die Verantwortlichen in der Landesregierung und den Krankenhausleitungen unter Druck. Ein gesellschaftlicher Konsens „Gegen den Pflegenotstand muss etwas getan werden!“ wurde zeitweise hergestellt und Zugeständnisse abgerungen. Erstmals wurde ein Krankenhaus in kirchlicher Trägerschaft – die Marienhausklinik in Ottweiler - trotz massiver Drohungen durch die Konzernoberen bestreikt, was bundesweit Beachtung fand. Darüber hinaus hat auch die Unterschriftensammlung unter den Saarbrücker Appell gegen den Pflegenotstand, der von uns aktiv unterstützt wurde, dazu beigetragen, dass das Thema des Pflegenotstandes ins Bewusstsein größere Teile der Bevölkerung im Saarland zu rufen.

Die weltweit schwelende Stahlkrise und ihre Auswirkungen hierzulande haben die Stahlarbeiter erneut zu mehreren Aktionen auf die Straße gebracht. Die Teilschließung der Saarschmiede und der Verlust von Arbeitsplätzen konnte nicht verhindert werden. Es hat sich gezeigt, dass in dieser Situation auch die

Montanmitbestimmung nicht vor Arbeitsplatzverlust schützt. Es gilt die Erfahrung aus vergangenen Kämpfen: Die Stahlarbeiter müssen für die Verteidigung ihrer Interessen selber aktiv werden.

Die Universität des Saarlandes ist besonders seit der Einführung der Schuldenbremse ein Objekt der Sparpolitik durch die Landesregierung. Immer wieder stehen Studierende gegen Ausdünnung und Fächerschließungen an der Universität oder wie jüngst gegen die Einführung einer Verwaltungsgebühr auf. Widerstand gibt es gegen die neoliberale Ausrichtung der Bildungspolitik, die Verfestigung des Zwei-Säulen-Modell im Schulsystem, die Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien weiterhin benachteiligt.

Bei Tarifbewegungen in der Metallindustrie, im Einzelhandel und im öffentlichen Dienst, in Betriebsversammlungen und bei Warnstreiks zeigt sich – auch wenn die Forderungen oftmals begrenzt und spezifisch sind – ein Potential der Gegenwehr. Belegschaften kleinerer Betriebe wehren sich gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau.

In den Gewerkschaften sammeln sich linke Kräfte, insbesondere in der Gewerkschaftsjugend. Bei ver.di, in der IG-Metall, der IG BAU u. a. suchen Kräfte nach linken Alternativen und Strategien. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist in den Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung getreten. Am vergangenen Wochenende hat sich das gewerkschaftspolitische Forum der DKP mit dieser Thematik befasst und in die gewerkschaftliche Debatte eingeklinkt. Das absehbare Auslaufen des Verbrennungsmotors stellt die gesamte Automobilbranche vor neue Herausforderungen. Die Fragen, die sich mit dem notwendigen Umbau der Automobilindustrie stellen, sind mit dem bisherigen „Standortdenken“ nicht zu beantworten. Gesamtgesellschaftliche Lösungen, Vergesellschaftung und demokratische Entscheidungen über Produktion und Investition sind dem Kapitalismus zwar wesensfremd, treffen aber genau den Kern der Auseinandersetzung.

Nach den unbefriedigenden Ergebnissen des Klimagipfels in Paris, der Rolle der Trump-Regierung in dieser Frage, und einer EU-Umweltpolitik, bei der die deutsche Bundesregierung auf die Bremse tritt, hat die Umweltschutzbewegung wieder Fahrt aufgenommen. Davon könnten Impulse für die Bewegung im Saarland u. a. gegen das AKW in Cattenom ausgehen.

Die Bewegung gegen Alt- und Neofaschisten, sogenannte Rechtspopulisten und Rassisten ist im Saarland zur Stelle, wenn NPD, Saargesa oder AfD oder ähnliche Gruppierungen den öffentlichen Raum für ihre Parolen benutzen wollen. In allen kleineren und größeren Orten gelingt es Protest und Widerstand zu entwickeln. Die Bewegung reicht von den Kommunisten bis in die bürgerliche Mitte, von der autonomen Antifa bis zu den Bündnissen „Bunt statt Braun“. Die Großdemo und die Blockadeaktionen am 11. März gegen den NPD-Parteitag im Saarbrücker Schloss demonstrierten eindrucksvoll die Breite und Entschlossenheit der Bewegung gegen rechts im Saarland. Es gibt Bündnisse für Frieden, für Abrüstung, für Frauenrechte, für die Energiewende, Initiativen für eine ökologische Landwirtschaft.

Es entwickeln sich Auseinandersetzungen und Debatten in der SPD um ihre politische Zukunft. Diese und auch eine Oppositionsrolle der SPD im Bund wird wesentlichen Einfluss auf das Verhalten der Gewerkschaften haben. Eine mögliche Jamaika-Koalition in Berlin wird Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der Groko im Saarland haben, auch auf die Politik der Gewerkschaften hier vor Ort.

Angesichts der verstärkten Rechtsentwicklung, des Demokratie- und Sozialabbaus entsprechen insgesamt betrachtet die Bewegungen nicht den aktuellen Erfordernissen. Mit dem Blick auf Wahlen in Ländern und im Bund war mancherorts Abwarten und Stillhalten zu beobachten. Im Saarland brauchen wir dringend einen neuen Aufschwung außerparlamentarischer Bewegungen. Dafür gehen wir mit unseren Kräften und Möglichkeiten mitten in die Bewegungen, bringen unsere Analysen, unsere Forderungen und, wo es möglich ist, Vorschläge ein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Saarland ist keine Diaspora, existiert nicht außerhalb oder weit weg von den Entwicklungen in der Welt des Kapitalismus. Ein Werbeslogan der Landesregierung suggeriert mit Bezug auf die Entwicklung hier im Land: „Großes entsteht im Kleinen“. Richtigerweise könnte man sagen: Die kapitalistische Welt mit all ihren menschen- und zukunftsfeindlichen Zuständen findet sich gerade im Kleinen, hier im Saarland, wieder. Man muss nur genau hin schauen und zwischen den Zeilen lesen. Und Entwicklungen richtig wahrnehmen. In der gesellschaftlichen Realität, im Massenbewusstsein und im Verhalten der arbeitenden Menschen hier im Land.

Bestimmend ist, dass Unsicherheit und Zukunftsängste in der arbeitenden Bevölkerung ständig zunehmen. Darüber kann das Ergebnis der Landtagswahl 2017 nicht hinweg täuschen. Die AfD zog in den Landtag ein. Das hat Ursachen.

Einige aktuelle Schlaglichter:

Die soziale Situation der Saarländer/innen ist bereits jetzt schlechter als im westdeutschen Schnitt. Die Einkommen der Saarländerinnen und Saarländer liegen 8,5 % unter dem westdeutschen Durchschnitt. Gut jeder sechste Saarländer ist einem Armutsrisiko ausgesetzt. Jeder dritte Erwachsene in Malstatt ist überschuldet, die Altersarmut ist besonders hoch, Saarbrücken liegt bei der Grundsicherung im Alter auf dem unrühmlichen dritten Rang bundesweit.

Fast jeder fünfte Beschäftigte im Saarland arbeitet im Niedriglohnbereich. Das sind 17,6 Prozent. Mit rund 53.000 Personen ist die Unterbeschäftigung im Land konstant hoch, trotz sinkender Arbeitslosenzahlen. Zur Unterbeschäftigung zählen auch Personen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen und bei der Arbeitslosenzahl nicht mitgezählt werden. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf geflüchtete Personen, die zunehmend auf dem saarländischen Arbeitsmarkt ankommen. Sie bilden rund ein Fünftel der Personen in Unterbeschäftigung. Im Saarland wird zudem immer mehr Teilzeit gearbeitet. Mittlerweile sind nur noch drei von vier sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen Vollzeitstellen.

Besonders alarmierend ist die Tatsache einer um mehr als vier Prozent höheren Kinder- und Jugendarmut im Saarland im Vergleich zu den anderen westlichen Bundesländern. Speziell im Stadtverband Saarbrücken ist die Lage bedrückend. Dort ist mehr als jedes vierte Kind betroffen. Aber auch hier in Neunkirchen ist es nicht viel besser.

In ihrer gerade veröffentlichten Studie kommt ausgerechnet die Bertelsmannstiftung zu folgender Einschätzung:

"Kinderarmut ist in Deutschland ein Dauerzustand. Wer einmal arm ist, bleibt lange arm. Zu wenige Familien können sich aus Armut befreien“, so Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, verantwortungslos und kinderfeindlich, wie die GroKo im Saarland damit umgeht. Kein Aufschrei über diese Zustände. Kein Protest gegen die Auswirkungen der Berliner Politik, keine eigene Maßnahme, um Abhilfe zu schaffen.

Im Saarland werden die Spuren der anhaltenden Sparpolitik immer deutlicher. Infrastruktur zerfällt. Die Anzahl der Studierenden an der Saar-Uni sinkt, Studienfächer und Einrichtungen werden abgewickelt. Alles wird auf die sogenannten Leuchttürme wie die Informatik konzentriert. Jetzt sollen unter dem Namen Verwaltungsgebühr die Studiengebühren wieder peu a peu eingeführt werden. Eine neue soziale Unverschämtheit der Sparpolitik der GroKo.

Die Vorsitzenden des AStA mahnen an, dass Gebühren für das Studium den gleichberechtigten Zugang zur Bildung erschweren und somit konsequent abgelehnt werden müssen. "Im Leitbild der Universität heißt es: „Chancengleichheit und Gleichstellung sind dabei zugleich zentrales Anliegen und handlungsleitendes Prinzip für die Zukunft.“

„Wenn das Einkommen der Eltern die Ausbildung der Kinder beeinflusst, kann von Chancengleichheit keine Rede mehr sein. Die Universität würde bei einer Einführung von Verwaltungsgebühren gegen ihre eigenen Prinzipien verstoßen“, so die Vorsitzenden.

Auch wirtschaftlich zeichnen sich erste Schatten ab: Das Wachstum im Saarland geht gegenüber dem Bund zurück – insbesondere in den vom Autobau abhängigen Branchen. Die Konzerne erpressen Belegschaften, wie bei ZF und Bosch. Den Belegschaften werden Löhne und soziale Besitzstände gekürzt. Als Druckmittel dient die Androhung, Produktion ins Ausland zu verlagern. Die geplante Umsetzung der Elektromobilität mit den entsprechenden Produktionslinien droht am Saarland vorbei zu gehen. Es drohen riesige Arbeitsplatzverluste. Hinzu kommen die Auswirkungen der kapitalistischen Anwendung von Industrie 4.0. Die Landesregierung hat kein Konzept, mit dem sie diesen Gefahren begegnen will. Das ist eine wirtschaftspolitische Bankrotterklärung. Zukunftssorgen und damit wachsende Ängste werden nicht beseitigt.

Erst in 200 Jahren könnte das Saarland „schuldenfrei“ sein. Bis dahin regiert die rigorose Schuldenbremse. Der „neue“ Länderfinanzausgleich, der keiner ist, ist Dogma. Bis 2019 sollen nach der Finanzplanung der Landesregierung jährlich 100 Millionen € zusätzlich eingespart werden. Da ist auch die neue Steuerschätzung nur eine vorübergehende Atempause. Eine wirksame Entschuldung der Kommunen findet nicht statt. Nirgends investieren die Städte und Gemeinden so wenig wie im Saarland. Bayerns Kommunen können pro Einwohner drei Mal mehr ausgeben. Jetzt sollen per Diktat der CDU die Gemeinden zu weiteren Sparmaßnahmen durch Zusammenlegung von Gemeindestrukturen gezwungen werden. Eine an den Erfordernissen orientierte Sozialpolitik wird es nicht geben. Die Lage für viele arbeitenden Menschen wird sich also nicht verbessern, sondern verschlechtern. Vorgestern traf sich das Aktionsbündnis „Für die Würde der Städte“ in Saarbrücken, in der sich 70 überschuldete Kommunen zusammengeschlossen haben. Wir unterstützen ihre Forderung nach einer Entschuldungslösung. Dafür muss aber auch mehr politischer Druck entwickelt werden.

Wir teilen die Meinung von Oskar Lafontaine, dass die Bilanz der CDU-SPD-Koalition katastrophal ist und mit Schönfärberei kaschiert wird. Wir weisen schon seit Jahren daraufhin, dass die Lage hinter der aufgemotzten Kulisse aus dem Prinzip Hoffnung nicht besser, sondern immer schlimmer wird. Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass damit dem Einfluss der Rechten im alltäglichen Leben Tür und Tor geöffnet wird.

Die AfD jubelte jetzt schon. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Demagogie, Diffamierung von Andersdenkenden bestimmen ihr Auftreten nicht nur im Landtag. Sie kann ablenken von den eigentlichen Problemen und von deren wirklichen Ursachen und kann Druck für den Kurs nach rechts machen. Diese Ablenkung von den eigentlichen Ursachen der Zukunftsängste und der kapitalistischen Krisenentwicklung gefällt auch den Konzernzentralen und Chefetagen sowie der Industrie- und Handelskammer. Kann doch damit sogar der Druck auf die Arbeitenden erhöht werden. Ihre Forderungen werden immer dreister, so wie jüngst nach Liquidierung der Arbeitskammer oder für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Die Große Koalition aus CDU und SPD will an ihrem Kurs des „weiter so“ festhalten, Boullion sogar an der nachweislich steuerverschwendenden privaten Mitfinanzierung öffentlicher Projekte. Die Koalitionsvereinbarung wird vor allem von führenden Sozialdemokraten wie eine Monstranz vorangetragen, weil in dem Text einige reale Probleme niedergeschrieben sind, wie die Bekämpfung der Personalnot in der Pflege. Zu fragen ist, wo die nachvollziehbaren, energischen Schritte für deren Umsetzung sind.

Welche Perspektive soll diese Groko eigentlich noch haben? Ihre Zukunft ist letztlich nur noch von der Anpassung an die politischen Konzepte und politischen Lösungen der extremen Rechten bestimmt. Nach dem Diktat der CDU. Das wird ein sehr verhängnisvoller Weg sein.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten weisen seit Jahren auf diese gefährliche Rechtsentwicklung hin. Wir und andere haben Alternativen vorgeschlagen. u.a. auf unserem Forum zur Zukunft der Automobilindustrie.

Gesellschaftspolitischer Fortschritt und mehr soziale Sicherheit, mehr soziale Gerechtigkeit, eine bessere Zukunftsperspektive wird es nur geben, wenn man sich mit den „Heiligtümern“ dieser kapitalistischen Gesellschaft beschäftigt, auseinandersetzt. Wenn nach tragfähigen Alternativen gesucht und für deren Umsetzung gestritten wird.

Wir sind keine Anhänger dieses kapitalistischen Systems. Unsere Zukunftsvorstellung ist die Überwindung dieses Ausbeutersystems, das die Existenz der Menschheit akut gefährdet.

Wir können die Lebens- und Kampfbedingungen im Saarland nicht aus dem großen und ganzen des weltweiten und nationalen Kapitalismus herauslösen oder -denken. Wir wissen sicherlich auch, dass ohne einen entsprechenden Aufbruch für eine andere Welt auch im Saarland kein gesellschaftspolitisches Problem nachhaltig gelöst werden kann.

Die Frage ist aber zu beantworten, auch von uns Kommunisten, welche konkreten Aufbruchssignale dafür können wir kreativ nutzen, selbst und mit anderen entwickeln?

Es geht heute nicht um die sozialistische Revolution. Revolutionäre Veränderungen sind heute zumindest in der EU meilenweit entfernt, selbst wenn es jähe Wendungen geben sollte. Dafür gibt es viele Ursachen, auf die ich jetzt aber nicht eingehen will. Ein Hinweis gibt es im Wahlergebnis der DKP bei der letzten Bundestagswahl: 11.500 Stimmen für eine Partei, die die Propagierung des Kampfes um den Sozialismus in ihrem öffentlichen Auftreten in den Fokus rückt.

Wir sind solidarisch mit allen, die auch auf der Suche nach Wegen Richtung Sozialismus, in Richtung einer solidarischen menschlichen Gesellschaft sind und entsprechend in dieser Richtung verändern und handeln wollen. Wir äußern aber genauso unser Unverständnis gegenüber denjenigen, die fernab jeglicher Voraussetzungen das Ziel Sozialismus wie ein lebloses Ding durch die politische Landschaft und die Debatten tragen. Ohne Resonanzboden. Träumen ist gut, notwendig sind aber Lösungen, die heute das Kräfteverhältnis zugunsten der Fortschrittskräfte verändern können.

Es geht nicht um den großen Sprung, der garantiert ein Sprung ins sektiererische Abseits ist. Es geht um notwendige Zwischentappen. Um deren inhaltliche Ausgestaltung. Dazu haben wir mehrfach unsere Vorschläge in die öffentliche Debatte gebracht. Uns geht es in der nächsten Etappe zunächst um einen radikalen Politikwechsel, der vor allem den neoliberalen Kurs mit einer mehrheitsfähigen Alternative beenden muss. Wir wollen ein besseres Leben für alle arbeitenden Menschen! Jetzt und nicht am Tag X!

Uns geht es dabei perspektivisch um eine Wende hin zur Friedenspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Angesichts des aktuellen Kräfteverhältnisses müssen wir feststellen, dass eine solche Wende nicht die aktuelle Tagesaufgabe ist, sondern dafür erst die Grundlagen, vor allem durch ein anderes Kräfteverhältnis, durch die Veränderung des politischen Klimas geschaffen werden müssen.

Laut Meinungsumfragen ist die Mehrheit der Saarländer mit der Arbeit der Groko zufrieden. Ebenso mit der Ministerpräsidentin von der CDU. Warum, obwohl doch die Bilanz verheerend ist? Was ist das „Geheimnis“ für diese Zustimmung? Sicherlich gibt es darauf mehrere Antworten. Ein ganz gewichtige Antwort aber ist: Es gibt kein attraktives und mehrheitsfähiges Konzept oder Projekt als Alternative.

Die Kapitalkreise wollen es nicht. Anbieterungen in diese Richtung, wie wir sie von Grünen und auch Linkspartei immer wieder erleben, sind kontraproduktiv.

Ein alternatives Projekt muss nach unserer Meinung heute folgendes als Dreh- und Angelpunkt beinhalten:

Den entschiedenen Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik, kein Einklinken und Mitmachen, Bekämpfung der Schuldenbremse und der Kampf um Verbesserungen der Lage, insbesondere der Mehrheit, der Arbeitenden. Den entschlosseneren Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen, Sozialabbau in den Betrieben und im öffentlichen Dienst. Den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, um mehr Mitbestimmung und den Erhalt der kommunalen Strukturen. Das Engagement gegen rechtes Gedankengut, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Einfluss der AfD auf die Landespolitik muss zurückgedrängt werden! Es ist ein Kampf um eine andere Verteilung der Reichtümer dieser Gesellschaft. Die Reichen müssen endlich zur Kasse gebeten werden – für eine Millionärssteuer jetzt! Das Saarland muss endlich entschuldet werden!

Wir Kommunisten schätzen ein, dass sich wichtige Fragen weiter zuspitzen. Wie in einem Brennglas stellt sich die Frage: Wie kann nachhaltig das Kräfteverhältnis verändert werden? Wie kann das Projekt „Politikwechsel“ breite Mehrheiten gewinnen und wie und durch wen letztlich durchgesetzt werden? Was sind die wesentlichen Inhalte eines solchen Projektes?

Reicht das parallele Herangehen und Handeln im Widerstand und zur Durchsetzung berechtigter Forderungen, die ja Elemente eines Politikwechsels sind, alleine aus? Was sind tragfähige, verbindende Glieder aller von Krise, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit Betroffenen und vor allem der bereits Handelnden?

Die DKP sieht zum offenen Dialog, zum produktiven Diskurs aller, die eine fortschrittliche Veränderung wollen und dafür wirken, keine tragfähige Alternative. Aus unserer Sicht ist ein neuer Anlauf, eine neue Initiative dafür dringend notwendig: Ohne Junktims, ohne Ausgrenzung, ohne Arroganz und Überheblichkeit, ohne die Bühne der Selbstdarstellung, ohne Instrumentalisierung für egoistische Ziele und damit verbundene Vereinnahmungsversuche. Die DKP wird im Saarland dafür entsprechend ihrem Einfluss und ihren Möglichkeiten eintreten handeln, Initiativen unterstützen.

Die DKP steht und wirbt für einen antikapitalistischen Kurs, weil nur so die Probleme an der Wurzel angepackt werden können. Unser Ringen für die Stärkung der DKP ist untrennbarer Bestandteil unseres Engagements im Kampf für einen Politikwechsel!

Wir wollen einen neuen Anlauf nehmen für einen radikalen Politikwechsel – Für Frieden - gegen Kaputtsparen – für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie – gegen rechts!

Liebe Genossinnen und Genossen,

welche Aufgaben liegen in unserem Bezirk in den kommenden Monaten vor uns?

Gemeinsam mit anderen Kräften der Friedensbewegung gilt es, Druck zu machen gegen Aufrüstung und Kriegspolitik. Wir bereiten den Ostermarsch und den Antikriegstag 2018 vor und beteiligen uns erneut an den Aktionen der Kampagne „Krieg beginnt hier – Widerstand dagegen auch“.

Wir setzen unsere Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ fort und setzen weiter auf die Unterstützung der Initiative Millionärssteuer jetzt. Da gibt es in unserer Beteiligung und beim Sammeln von Unterschriften noch viel Luft nach oben. Bitte helft mit, dass diese Kampagne auch zahlenmäßig ein sichtbarer Erfolg wird. Deshalb: Nehmt Euch Unterschriftenlisten und Postkarten mit. Sammelt auf Veranstaltungen oder organisiert in Euren Gruppen gemeinsame Aktionen. Das Personenbündnis hat beschlossen, auf Weihnachtsmärkten mit einer Aktionsidee „Schluss mit den Steuergeschenken für die Reichen“ aufzutreten und Unterschriften zu sammeln. Die Termine geben wir rechtzeitig bekannt.

Wie im landespolitischen Antrag formuliert, wollen wir die Vernetzung und Diskussion von linken und fortschrittlichen Kräften im Saarland voranbringen. Dazu wollen wir in den nächsten Wochen Gespräche mit verschiedenen Akteuren führen, um die Möglichkeiten auszuloten. Daher können wir jetzt noch nicht

konkret bestimmen, in welcher Form dieser Dialog stattfinden kann. Allerdings sehen wir gerade in Nicht-Wahlkampf-Zeiten gute Chancen in dieser Frage voran zu kommen.

Als DKP Saarland werden wir die Aktionen der Beschäftigten für einen Entlastungstarifvertrag in der Pflege weiter solidarisch unterstützen. Wir wollen dabei helfen, dass der Druck weiter aufrecht erhalten werden kann und vor allem dabei mitwirken, das Anliegen der Belegschaften noch weiter in der Öffentlichkeit zu verankern. Wir machen dabei deutlich, dass für uns der Grundsatz gilt: „Gesundheit ist keine Ware“ und knüpfen daran weitergehende Forderungen nach einer grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden und von Arbeit ausgegrenzten Menschen.

Auf dem Feld des antifaschistischen Kampfes arbeiten wir aktiv in den Bündnissen „Bunt statt braun“ und Blockade Saar, zahlreiche Genossinnen und Genossen sind in der VVN aktiv. Es wird darum gehen, den Einfluss der AfD insbesondere auf die arbeitenden Menschen zurückzudrängen und den Nazis nicht die Straße für ihre Hetze zu überlassen. Wir engagieren uns weiter in der antifaschistischen Erinnerungsarbeit.

Im kommenden Jahr feiern wir den 200. Geburtstag von Karl Marx und den 50. Geburtstag der DKP. Wir wollen hierzu inhaltliche Veranstaltungen organisieren, auf denen wir die Aktualität der Erkenntnisse von Karl Marx für die heutige Zeit herausarbeiten. Dabei wollen wir ganz konkret die Frage diskutieren, welche Aufgaben vor Kommunistinnen und linke Kräfte in der aktuellen Lage stehen und wie ein radikaler Politikwechsel wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden kann.

Wir unterstützen solidarisch die Gruppe der Kinderorganisation Rote Peperoni im Saarland und weiteren Aktivitäten in der Jugendarbeit, die sich hieraus entwickeln.

Im nächsten Jahr wird voraussichtlich vom 7. – 9. September das nächste UZ-Pressfest stattfinden. Wir können angesichts der Entwicklung der DKP bundesweit noch nicht bestimmen, in welcher Form wir uns als Bezirk an diesem Fest beteiligen werden. Es bleibt aber bei unserem Anspruch, uns inhaltlich und organisatorisch einzubringen.

Bei alledem wird es darum gehen, die Stärkung der DKP auch durch neue Mitglieder konsequent anzugehen. Das Ansehen unserer Partei im Saarland ist dank unserer entwickelten Landes- und Bündnispolitik nach wie vor hoch. Dennoch haben wir dies bislang nicht in eine nennenswerte Stärkung durch neue Mitglieder umsetzen können, unsere Zahl und Kraft geht altersbedingt weiter zurück. Deshalb müssen wir viel konkreter werden im Werben von neuen Mitgliedern. Die DKP ist im Saarland die einzige Kraft, die auf Basis der marxistischen Weltanschauung ohne Dogmatismus und Reformismus für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und für einen radikalen Politikwechsel kämpft. Wir sind hier einzigartig. Davon müssen wir mehr Menschen überzeugen und sie einladen, mit uns zu kämpfen – trotz aller Widerstände.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe bereits am Anfang dieses Referats auf die dramatischen Entwicklungen in unserer Partei bundesweit hingewiesen. Es droht der Zerfall der DKP. Wir haben als Bezirksvorstand in den letzten Monaten Initiativen ergriffen, um diese Entwicklung umzukehren. Mit einem 5 Punkte-Vorschlag zur Deeskalation in der Parteiauseinandersetzung, darunter auch der Vorschlag eines Moratoriums, ging es uns darum, Wege für eine gemeinsame Zukunft aller Strömungen in der Partei zu erarbeiten und einen möglichen Kompromiss vorzuschlagen. Der Parteivorstand ist darüber mehrheitlich arrogant hinweggegangen. Die Folgen sehen wir heute: Zerfallende Parteistrukturen, gemeinschaftlicher Rückzug und Austritte. So sehr diese Reaktionen menschlich nachvollziehbar sind, so schädlich sind sie für unsere Ziele. Aufgeben ist für uns keine Option. Wir appellieren an alle Genossinnen und Genossen in der DKP, egal welcher Strömung sie angehören, die Partei nicht zu verlassen, weil dies immer die schlechteste Lösung ist. Wir fordern in unserem Antrag an diese Konferenz den Parteivorstand erneut auf, endlich zur Vernunft zu kommen und seinen Kurs der Eskalation zu beenden. Die seit Jahrzehnten anhaltenden grundsätzlichen

Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen Sichtweisen können nicht durch Mehrheitsentscheidungen für alle Teile der Partei verbindlich entschieden werden. Sie finden sich in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung und werden nur über einen lang anhaltenden Prozess lösbar sein. Wer jetzt seine Position als allgemeinverbindlich durchsetzen will, der zerlegt unsere Organisation.

In einer solchen Situation ist es naturgemäß schwer, sich mit der inhaltlichen Vorbereitung des 22. Parteitags zu beschäftigen. Der Parteivorstand hat einen Leitantrag beschlossen, der so weit von den wirklichen Problemen der Partei entfernt ist wie niemals vorher. Im Stil eines Bildungsheftes der 70er Jahre wird eine zum Teil subjektiv geprägte Sichtweise der Entwicklung des Imperialismus vorgelegt, die keine der drängenden Fragen beantwortet. Der Leitantrag bekennt sich formal zur strategischen Ausrichtung unserer Politik auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, bleibt aber völlig unkonkret, wie diese zu erreichen ist. Wie soll denn bitteschön das Kräfteverhältnis zugunsten linker Kräfte geändert werden, wenn keine entsprechende Bündnispolitik schon heute betrieben wird? Wie passt das zum Austritt der DKP aus der Europäischen Linken?

Der Leitantrag beantwortet mit keinem Wort die Frage, wie sich unsere Partei strategisch aufstellen will, um heute für einen radikalen Politikwechsel zu kämpfen und wie dieser gemeinsam mit anderen durchzusetzen ist. Hier setzt sich die Unfähigkeit der Mehrheitsströmung in der DKP fort, eine richtungsweisende kommunistische Politik für die heutige Zeit zu entwickeln. Es bleibt letztendlich folgende platte Orientierung übrig: Die DKP soll alleine so stark werden, dass sie allen anderen linken Strömungen als leuchtendes Beispiel vorangeht und dadurch gemeinsam das Kräfteverhältnis in unserem Land geändert werden kann. Die Ergebnisse der Kandidatur zur Bundestagswahl hat gezeigt, wie realistisch eine solche Herangehensweise ist.

Am besten wäre es, der Parteitag würde die strategischen Orientierungen des Parteiprogramms bestätigen. Darin heißt es:

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.

Ohne antimonopolistische Eingriffe werden entsprechende Reformen und die erforderliche tief greifende Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentliche Haushalte, von den reichen zu den armen Ländern nicht möglich sein.

Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes solche und andere antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.“

So steht es im noch gültigen Parteiprogramm. Daran werden wir uns im Bezirk weiter halten.

Wir gehen davon aus, dass sich viele Genossinnen und Genossen im Bezirk noch nicht intensiv mit dem Leitantrag an den Parteitag beschäftigen konnten. Deshalb wollen wir auf einer bezirklichen Veranstaltung im Dezember die Gelegenheit zur gemeinsamen Diskussion geben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

dies alles kann einem wirklich nicht nur den Nachmittag sondern auch den Spaß an der politischen Arbeit verderben. Doch wir sollten uns klar machen, dass das Überleben der DKP nicht zu allererst eine theoretische sondern eine praktische Frage sein wird. Sie macht sich für unseren Bezirk an vielen kleinen praktischen Schritten fest:

Gelingt es uns, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern die Initiative Millionärssteuer zu einem politischen Erfolg zu machen? Wir brauchen mehr Unterschriften als die fünf- bis sechshundert gesammelten.

Können wir einen spürbaren Beitrag zur Unterstützung der kämpfenden Belegschaften in der Pflege leisten?

Gelingt es uns, die finanzielle Basis unserer Arbeit durch eine satzungsgemäße Beitragszahlung zu sichern?

Gelingt es uns, neue Mitglieder zu werben und sie aktiv in unsere Arbeit einzubinden?

Lasst uns diese Fragen in den kommenden Wochen und Monaten in der Praxis positiv beantworten. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind keine Marionetten, die sich schicksalsergeben in das scheinbar Unvermeidliche fügen.

Wer kämpft, kann verlieren! Wer nicht kämpft, der hat schon verloren!